

01.01.2026

Briefaktion 01/26 – VIETNAM: *Y Quynh Bdap*

Auslieferung, willkürliche Haft, drohende Folter



Vietnam: 88,7 Mio. Einwohner auf 331.114 km² Fläche, BSP/Einw. 1.400 \$ (2012), Bevölkerung: 87% Vietnamesen, Hmong, Thai, Khmer, Chinesen; Religion: über 50% Buddhisten, 8-10% Christen (v.a. Katholiken und protestantische „Hauskirchen“), 2-4% Anhänger des Hoa Hao, 2% Anhänger des Caodaismus, Minderheit von Muslimen. Vietnam hat den *Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte* und das *Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe* ratifiziert.



Für den christlichen vietnamesischen Menschenrechtsverteidiger **Y Quynh Bdap** haben wir uns wiederholt eingesetzt.

Am 28. November 2025 haben ihn die Behörden Thailands, wie befürchtet, nach Vietnam ausgeliefert. Zwei Tage zuvor, am 26. November 2025, hatte das thailändische Berufungsgericht ein zweifelhaftes Urteil vom 30. September 2024 bestätigt. Darin war die Auslieferung für rechtmäßig erklärt worden, obwohl Y Quynh Bdap ein vom UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR anerkannter Flüchtling ist und in Vietnam vor seiner Ausreise ins thailändische Exil 2018 inhaftiert worden war.

Das Berufungsgericht urteilte, es gebe kein reales Risiko, dass er in Vietnam gefoltert oder dem Verschwindenlassen unterworfen werden könnte. Das Gericht ignorierte damit die zahlreichen Berichte über Folter in Vietnam, insbesondere von ethnischen Minderheiten. Es verließ sich formal auf diplomatische Zusicherungen Vietnams, dass Y Quynh Bdap als Gefangener gemäß internationalen Standards behandelt würde.

Y Quynh Bdap war am 11. Juni 2024 von den thailändischen Behörden in der Hauptstadt Bangkok festgenommen und in Untersuchungshaft genommen worden, offenbar auf Veranlassung von Vietnam.

Die thailändischen Behörden haben eine Überschreitung der Aufenthaltsdauer als Grund für seine Inhaftierung angegeben. Diese Überschreitung ging allerdings auf Versuche vietnamesischer Behörden zurück, Bdaps Aufenthaltsort in Thailand ausfindig zu machen. Er musste daher untertauchen.

Y Quynh Bdap, Mitbegründer der Organisation „Montagnards Stand for Justice“ (MSFJ), setzte sich vehement für die religiösen Freiheiten und die Rechte der indigenen Minderheiten in Vietnam ein.

Im Januar 2024 war Bdap von den vietnamesischen Behörden in Abwesenheit unter dem Vorwurf des Terrorismus gemäß Artikel 299 des vietnamesischen Strafgesetzbuchs zu zehn Jahren Haft verurteilt worden.

Die Anklage bezog sich auf seine angebliche Beteiligung an Anschlägen auf Regierungsbüros in der Provinz Dak Lak im Juni 2023, bei denen neun Menschen getötet worden waren. In einer Videoerklärung beteuerte Bdap seine Unschuld und bestritt jede Beteiligung an den Anschlägen.

Die Regierung Vietnams hatte die Auslieferung des Gefangenen aus Thailand beantragt.

Seit der Auslieferung hat Vietnam über Wochen keine Informationen zu Bdaps Verbleib oder Gesundheit mitgeteilt. Inzwischen wurde ein Video veröffentlicht, in dem Y Quynh Bdap ein Schuldeingeständnis vorträgt. Es ist anzunehmen, dass er sich nicht freiwillig entsprechend geäußert hat. Auch seine Schwester kommt – eventuell unter Druck – zu Wort und erklärt, dass er in der Haft gut behandelt werde.

Im Dezember 2025 haben zahlreiche UN-Sonderberichterstatterinnen und UN-Sonderberichterstatter die Auslieferung und den Entzug seiner Freiheit verurteilt, Y Quynh Bdaps Schutz gefordert und sein gewaltfreies Engagement für die Menschenrechte hervorgehoben: <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2025/12/un-experts-alarmed-y-quynh-bdaps-extradition-thailand-viet-nam>



Bitte schreiben Sie an den Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sozialistischen Republik Vietnam und senden Sie eine Kopie an den Botschafter in Berlin. Der unterschriftsfertige Brief kann wörtlich oder inhaltlich genutzt werden – bitte bleiben Sie höflich. Die Adressen sind der Vorlage zu entnehmen (**Porto nach Vietnam, Luftpost, 1,25 EUR; nach Berlin 0,95 EUR**). *Bearbeitung innerhalb von 10 Tagen nach Erhalt dieser Sendung, spätestens bis zum 31.01.2026.* [Fax-Nr. der Botschaft: 030/53630200, S.E. Herrn Dac Thanh Nguyen; E-Mail: info@vietnambotschaft.de]

01.10.2025

Briefaktion 02/26 – ASERBAIDSCHAN: Sevinj Vagifgazy u.a.,

willkürliche Haft, drohende Folter



Aserbaidschan: 8,9 Mio. Einwohner auf 86.600 km² Fläche, BSP/Einw. 6050 \$ (2012), Bevölkerung: 91% Aserbaidschaner, 2% Lesgier, 2% Russen, 2% Armenier u.a. Minderheiten. Religion: 90% Muslime (65% Schiiten, 35% Sunnit), christliche Minderheiten. Die Republik Aserbaidschan hat den *Int. Pakt über bürgerliche und politische Rechte* und das *Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe* ratifiziert.

i Aserbaidschan weist seit seinem Beitritt zum Europarat im Jahr 2001 unter den Mitgliedsstaaten die höchste Zahl an Medienschaffenden auf, die aus politischen Gründen in Haft sind. Insbesondere im Zuge der Weltklimakonferenz (COP29) im November 2024 in Baku wurden zahlreiche Personen, die im Journalismus tätig sind, willkürlich festgenommen und inhaftiert. Die haltlosen Anklagepunkte umfassen nach Angaben von Amnesty International (AI) „Schmuggel“, „Geldwäsche“ und „Steuerhinterziehung“.

Im Juni 2025 verurteilte ein Gericht in Baku Mitarbeitende des investigativen Nachrichtenportals *AbzasMedia* zu Haftstrafen zwischen siebeneinhalb und neun Jahren: den Direktor **Ulvi Hasanli**, seinen Stellvertreter **Mahammad Kekelov**, die Chefredakteurin **Sevinj Vagifgazy**, die Journalistinnen **Elnara Gasimova** und **Nargiz Absalamova** sowie den Investigativjournalisten **Hafiz Babali**.

Auch der Korrespondent von *Radio Free Europe*, **Farid Mehralizade**, erhielt eine Haftstrafe von neun Jahren. Sechs Mitarbeitende des Nachrichtensenders *Meydan TV*, **Khayala Agayeva**, **Aytaj Ahmadova**, **Aynur Ganbarova**, **Natig Javadli**, **Aysel Umudova** und **Ramin Deko** (Jabrayilzade), sowie der stellvertretende Direktor der Journalistenschule Baku, **Ulvi Tahirov**, sind seit Dezember 2024 in Untersuchungshaft.

Zwei von ihnen sollen gefoltert und misshandelt worden sein, anderen wird die erforderliche medizinische Versorgung verweigert.

Ihre Strafverfolgung und Inhaftierung sind ganz offensichtlich Vergeltungsmaßnahmen für Ermittlungen zu Korruption im Umfeld von Präsident Aliyev.

Sevinj Vagifgizi, die Chefredakteurin von *Abzas Media*, wurde laut Reporter ohne Grenzen trotz extremer Hitze im Bakuer Gefängnis ein einfacher Ventilator verweigert.

Die meisten Gefangenen sind im Sommer auf die Unterstützung ihrer Familien angewiesen, um Ventilatoren zu erhalten. Der Gefängnisdirektor blockierte Sevinjs Antrag. Er forderte: Sie müsse aufhören zu schreiben. Vagifgizi gelang es dennoch, weiterhin aus der Haft über Menschenrechtsverletzungen und Haftbedingungen zu berichten.

„Unsere Verhaftung zielt darauf ab, uns aus dem Journalismus zu entfernen, weil wir die korrupten Verbrechen von Ilham Alijew und seinem inneren Kreis offengelegt haben.“ Mit diesen Worten wandte sich Sevinj Vagifgizi, Chefredakteurin des unabhängigen Mediums *Abzas Media*, am 11. März 2025 an das Gericht, bevor das Urteil verkündet wurde.

Sevinj Vagifgizi wurde in diesem politisch motivierten Prozess zu jeweils neun Jahren Haft verurteilt. Grundlage waren konstruierte Vorwürfe des „Schmuggelns ausländischer Währung.“ Derzeit befinden sich 25 Medienschaffende in Aserbaidschan in Haft.

 Bitte schreiben Sie an den Präsidenten der Republik Aserbaidschan in Berlin und senden Sie eine Kopie an den Botschafter in Berlin. Die unterschriftsfertigen Briefe können wörtlich oder inhaltlich genutzt werden – bitte bleiben Sie höflich. Die Adressen sind der Vorlage zu entnehmen (**Porto nach Aserbaidschan, Luftpost, 1,25 EUR**; nach Berlin 0,95 EUR). *Bearbeitung innerhalb von 10 Tagen nach Erhalt dieser Sendung, spätestens bis zum 31.01.2026. [Fax-Nr. der Botschaft von Aserbaidschan: 030/21916152, S.E. Herr Nasimi Aghayev; E-Mail: berlin@mission.mfa.gov.az]*